



- Abteilung 6 -

Az.: 8615-NEP Gas 2018-2028 Konsultation Umsetzungsbericht 2019

18.07.2019

Umsetzungsbericht 2019 der Fernleitungsnetzbetreiber

hier: Konsultation des von den Fernleitungsnetzbetreibern vorgelegten Umsetzungsberichtes 2019 (Stand: 1. April 2019)

I. Hintergrund und bisheriges Verfahren

Die Fernleitungsnetzbetreiber (FNB) haben den Umsetzungsbericht 2019 gemeinsam erarbeitet, am 1. April 2019 online gestellt und der Bundesnetzagentur vorgelegt.

Die Bundesnetzagentur ist gemäß § 15b S. 3 EnWG verpflichtet, den Umsetzungsbericht zu veröffentlichen und allen tatsächlichen und potentiellen Netznutzern Gelegenheit zur Äußerung zu geben. Diesem ist sie im Zeitraum vom 10. Mai bis zum 12. Juni 2019 nachgekommen. Die vorliegende Zusammenfassung gibt die Meinung der Stellungnahmen aus der Konsultation schwerpunktmäßig wieder.

Der Umsetzungsbericht ist nach § 15b S. 1 EnWG in jedem ungeraden Jahr zu erstellen und der Bundesnetzagentur vorzulegen.

II. Überblick über die wesentlichen Ergebnisse aus der Konsultation

Im Rahmen der Konsultation des Umsetzungsberichts durch die Bundesnetzagentur gingen insgesamt sechs Stellungnahmen ein. Die Stellungnahmen sind auf der Internetseite der Bundesnetzagentur¹ einsehbar.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der in den Stellungnahmen vorgebrachten Kritik bezieht sich auf die Darstellung des Umsetzungsstands der Ausbaumaßnahmen. Zur Verbesserung der Transparenz und Nachvollziehbarkeit sollte deutlicher, idealerweise monats-scharf, dargestellt werden, in welcher der in der Legende (vgl. Tabelle 3, S. 18 ff. des Umsetzungsberichts)

¹ Stellungnahmen zur Konsultation, www.bnetza.de/Umsetzungsbericht2019.

aufgeführten Phasen sich das jeweilige Projekt befindet. Zudem wird angeregt, die für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen zuständigen FNB in allen Tabellen zu benennen.

Auch hinsichtlich der Verzögerungen von Einzelmaßnahmen werden genauere Informationen gefordert. Es sei insbesondere nicht nachvollziehbar, weshalb durch Planänderungen und Verzögerungen keine Auswirkungen auf die Kapazitätsbereitstellung entstehen. Sollte letzteres dennoch einmal der Fall sein, bedürfe dies jedenfalls einer deutlich detaillierteren Begründung.

Schließlich werden anknüpfend und ergänzend zu den Anmerkungen zu Verzögerungen und Kapazitätsbereitstellung Hinweise auf die Kapazitätssituation nachgelagerter Netzbetreiber in Süddeutschland gegeben, die angespannt sei. So bestehe in Baden-Württemberg ein dringender Ausbaubedarf, die Situation sei allgemein bekannt und entsprechenden Hinweise seien gegeben worden. Die Maßnahmen, die hier Abhilfe schaffen sollen, (ID-Nr. 552-01, ID-Nr. 554-01 und ID-Nr. 555-01) seien prioritär zu verfolgen, so Netze BW und EnBW.

Nachfolgend sind die Stellungnehmer benannt.

Unternehmen	Gruppe
Uniper SE (Uniper)	Energiekonzern
Energie Baden-Württemberg (EnBW)	Energiekonzern
Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (bdew)	Verband
E.ON SE (e.on)	VNB
Netze BW GmbH (Netze BW)	VNB
Verband kommunaler Unternehmen e.V. (VKU)	Verband

III. Auswertung der Konsultationsergebnisse im Einzelnen

Die thematische Gliederung der Konsultationsergebnisse orientiert sich am Konsultationsfragebogen der Bundesnetzagentur vom 10. Mai 2019.

1. Maßnahmen des Netzentwicklungsplans Gas (Kapitel 2) und Stand der Umsetzung des NEP Gas (Kapitel 3)

1.1 Wie beurteilen Sie allgemein die Darstellung und die enthaltenen Informationen? Sind diese aus Ihrer Sicht hinreichend übersichtlich dargestellt?

Vier Stellungnehmer (ausgenommen Uniper und e.on) kritisieren die Darstellung des Umsetzungsstands der NEP-Maßnahmen und beziehen sich dabei insb. auf Tabelle 3 im Umsetzungsbericht. Wenngleich die Darstellung der Umsetzung der NEP-Maßnahmen schon recht aussagekräftig und übersichtlich sei, sollte deutlicher, idealerweise monats-

scharf, dargestellt werden, in welcher der in der Legende aufgeführten Phasen sich das jeweilige Projekt befindet. Zudem wird angeregt, die für die einzelnen Maßnahmen zuständigen FNB in jeder Tabelle zu benennen. So weist etwa Netze BW darauf hin, dass sich aus den textlichen Ausführung entnehmen lässt, dass durchaus eine monatsstarke Planung zugrunde liegt.

1.2. Sind die genannten Gründe für Verzögerungen und mögliche Auswirkungen, insbesondere im Hinblick auf die Kapazitätsbereitstellung, aus Ihrer Sicht hinreichend erläutert?

Der bdew, VKU sowie Netze BW und EnBW hinterfragen zudem die Aussagen zu Planänderungen und Verzögerungen, die nach Auskunft des Umsetzungsberichts durchaus bestehen, letztlich aber keine Auswirkungen auf den geplanten Zeitpunkt der Kapazitätsbereitstellung haben. Während die Informationen hierzu grundsätzlich begrüßt werden (so etwa Netze BW), sei diese Aussage im Ergebnis nicht nachvollziehbar. Insoweit stelle sich die Frage, ob es sich hierbei tatsächlich um Verzögerungen im eigentlichen Sinne handle (bdew). Offenbar seien erhebliche Puffer eingeplant worden (Netze BW und EnBW).

Die EnBW regt außerdem an, zusätzlich zu den Angaben zu Maßnahmenverzögerungen, auch eine Einschätzung zu geben, bei welchen Maßnahmen das Risiko weiterer Verzögerungen besteht (so etwa bei der VDS Nordschwarzwaldleitung, ID-Nr. 417-02).

Mit Blick auf die abgebildeten Maßnahmen in Baden-Württemberg (in Betrieb genommene Maßnahmen, Tabelle 4, S. 30) regt Netze BW schließlich an, eine Erläuterung zu geben, ob und wie die Maßnahmen zur Erhöhung von Kapazitäten geführt haben und ob die erwarteten Verbesserungen auf dem Markt eingetreten sind bzw. warum nicht.

2. Entwicklung der L-Gas-Versorgung (Kapitel 4)

2.1. Halten Sie die L-Gas-Leistungs- und Mengenbilanzen in ihrer Darstellung für nachvollziehbar und in ihren Annahmen für zutreffend? Bitte differenzieren Sie bei Ihrer Betrachtung – soweit möglich – zwischen den Positionen „Inländische Produktion“, „Importe aus den Niederlanden“, „Speicher“, „Konvertierung“ und „L-Gas-Bedarf“.

Uniper merkt an, dass die im Umsetzungsbericht dargestellten L-Gas Leistungs- und Mengenbilanzen zwar nachvollziehbar seien. Es sei aber mit einem erheblichen Rück-

gang der Bereitstellung des qualitätsspezifischen L-Gases durch Importeure und Händler und steigenden Kosten zu rechnen. Zu berücksichtigen seien hierbei zum einen verschiedene Kosten und Umlagen, die beim Import aus den Niederlanden und der Konvertierung anfallen, und zum anderen der Produktionsrückgang in den Niederlanden, der sich zusätzlich auf die Kosten auswirke und schließlich auch die (kurzfristige) Beschaffungsmöglichkeit in Frage stelle.

E.on stellt hinsichtlich der Aussagen zur inländischen Produktion (Kapitel 4.4.1, S. 41 ff.) die Sicherheitsabschläge der BVEG infrage; es sei nicht nachvollziehbar, wo diese herrühren. Mit Blick auf die Importe aus den Niederlanden (Kapitel 4.3, S. 40 f., und Kapitel 4.4.2, S. 43 ff.) hinterfragt e.on die Anpassung der Bedarfe in Abnehmerländern (Reduzierung der Fördermenge als Reaktion auf das Erdbeben in Groningen). Die Stellungnehmerin begrüßt insoweit, dass erste Gespräche zur Beimischung von H- zu L-Gas stattgefunden haben. Bezüglich der Konvertierung (Kapitel 4.4.4, S. 46 f.) regt e.on weiter an, ein Beispiel für die Definition "spezielle Netzsituation" zu geben.

Für den bdew sind die Darstellungen nachvollziehbar.

2.2. Wie bewerten Sie die Festlegung und die Reihenfolge der Umstellungsbereiche? Sehen Sie hier Änderungsbedarf?

E.on schildert die Situation der betroffenen Unternehmen im e.on-Konzern, die mit Festlegung und Reihenfolge der Umstellung sehr zufrieden seien.

Der bdew äußert die Einschätzung, wonach die notwendigen Informationen vorhanden und für die Betroffenen erkennbar seien.

2.3 Wie schätzen Sie die Annahmen der Fernleitungsnetzbetreiber zu den jährlich anzupassenden Geräten ein?

E.on gibt den Hinweis, dass für die erforderlichen Geräteanpassungen nicht ausreichend Monteure zur Verfügung stehen; andererseits wird Verständnis für den Umfang des (durch externe Faktoren wie das Erdbeben in den NL beeinflussten) Prozesses geäußert.

Es wird konkret angeregt, bei grafischen Darstellungen (hier: Abb. 11, S. 60) den Eindruck zu vermeiden, dass ab 2030 nur noch wenige Geräte umzustellen seien; dies sei noch nicht absehbar und nicht realistisch.

2.4 Sind alle weiteren, für Sie wesentlichen Aspekte der Marktraumumstellung, die unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Fernleitungsnetze haben können, berücksichtigt?

E.ON äußert die Einschätzung, wonach die Frist gemäß § 22 KoV (3 Jahre und 2 Monate) zur Abstimmung zwischen den FNB und VNB nicht ausreiche; dies stehe zwar nicht im direkten Einfluss der FNB, gleichwohl sollen die VNB so früh wie möglich eingebunden werden.

2.5. Halten Sie unabhängig vom eigentlichen Prozess der Marktraumumstellung anderweitige Maßnahmen für möglich, geeignet und erforderlich, um dem Rückgang der L-Gas-Verfügbarkeit Rechnung zu tragen (wie etwa den Bau oder die Erweiterung von Konvertierungs- oder H-L-Gas-Mischanlagen oder die vorzeitige Umstellung von großen Letztverbrauchern)?

Nach Auffassung des bdeW ist zwischen Versorgungssicherheit, Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit abzuwägen; die Verantwortung liege bei FNB.

Sonstiges

Generell teilen der VKU sowie Netze BW und EnBW die Auffassung, wonach kurzfristige Erkenntnisse der VNB mit Bedeutung für Kapazitäten und (nicht) erforderlichen Netzausbau auch in den Jahren Berücksichtigung finden müssen, in denen kein NEP verfasst wird.